

Anno ... 51. Woche

1944, 16. Dezember: Die Hitlerwehrmacht beginnt mit der Ardennenoffensive. Damit versucht die Wehrmachtsführung, eine Wende im Kriegsverlauf zu erreichen und die Westmächte zu separaten Vereinbarungen über eine Beendigung des Krieges im Westen zu bewegen. Nach dem deutschen Frontdurchbruch geraten alliierte Verbände in eine schwierige Lage, weshalb der britische Staatschef Winston Churchill die Regierung der UdSSR bittet, den Termin für die geplante neue Offensive der Roten Armee an der Ostfront vorzuverlegen. Die Sowjetarmee beginnt ihre Offensive am 12. Januar 1945 in einer Breite von 1.200 Kilometern von der Ostsee bis zu den Karpaten. Daraufhin ist die deutsche Führung gezwungen, die Ardennenoffensive abubrechen und Truppen von der Westfront nach Osten zu verlegen.

1949, 20. Dezember: In Hannover beginnt ein Prozess gegen acht Funktionäre der KPD und Redakteure der *Niedersächsischen Volksstimme* vor einem britischen Militärgericht. Grund ist ein Artikel gegen die Demontage der Reichswerke Salzgitter, der angeblich das Ansehen und die Sicherheit der Alliierten gefährdet habe. Im März 1950 werden der niedersächsische KPD-Vorsitzende August Holländer und Werner Stertzbach, Chefredakteur der Zeitung, zu Gefängnisstrafen von 18 bzw. zwölf Monaten, die Zeitung und die Volksdruckerei GmbH zu einer Geldstrafe in Höhe von jeweils 5.000 DM verurteilt.

1969, 17. Dezember: In Chile unterzeichnen die Generalsekretäre bzw. Präsidenten von sechs Linksparteien - Kommunisten, Sozialisten, Radikale, Sozialdemokraten, Bewegung der einheitlichen Volksaktion (MAPU) und Unabhängige Volksaktion (API) - das »Grundsatzprogramm einer Regierung der Volkseinheit« und konstituieren damit das Wahlbündnis Unidad Popular. Der gemeinsame Präsidentschaftskandidat Salvador Allende geht aus den Präsidentschaftswahlen vom 4. September 1970 als Sieger hervor.

1969, 17. Dezember: Walter Ulbricht übermittelt als DDR-Staatsratsvorsitzender an Bundespräsident Gustav Heinemann den Entwurf eines Vertrags über die Aufnahme gleichberechtigter Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten. Heinemann begrüßt in einem Antwortschreiben vom 20. Dezember die Verhandlungsbereitschaft, verweist aber zugleich auf die Zuständigkeit der Bundesregierung.

<https://www.jungewelt.de/artikel/368782.anno-51-woche.html>